

Schnell hintereinanderfolgende Serie von Bankzusammenbrüchen hat in den letzten Monaten die Geldhamsterei des Publikums sehr stark gefördert und damit die Illiquidität entsprechend gesteigert.

Der Hoover-Plan sieht vor, daß in Markt ausgedrückt, mehr als zwei Milliarden für eine sogenannte Akzeptbank aufgebracht werden, die den Banken durch Wechseldiskontierung flüssige Mittel verschaffen soll, um auf diese Art die notwendig gewordenen Exekutionen der Banken gegen ihre Schuldner zu verhindern. Außerdem soll der Ausfallungsprozess dadurch gefördert werden, daß die sehr strengen Vorschriften für die amerikanischen Notenbanken in der Frage des Wechsel-Rediskonts erleichtert und damit die Kreditmöglichkeiten erweitert werden.

Für Deutschland und Europa erfordert dieser Plan insofern größtes Interesse als jeder amerikanische Hilfe für Europa eine Vereinigung der inneramerikanischen Krisenverhältnisse vorausgehen muß. Deutschland geht dieses amerikanische Programm insofern noch besonders an, da in ihm klar ausgesprochen wird, daß Hoover mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval bei dessen Besuch in Washington auch die Frage der internationalen Schulden und damit auch das Reparationsproblem anspricht wird. Auch die gemeinsame Inangriffnahme dieses Problems von Frankreich und USA. legt zu seiner Lösung eine wesentliche Klärung der wirtschaftlichen Situation in Amerika voraus.

Keine deutsch-französische Zollunion.

Zu den Unterredungen Lord Readings mit den französischen Ministern schreibt der „Petit Parisien“, Laval und Briand hätten den englischen Außenminister über ihre Berliner Reise unterrichtet und ihm erklärt, daß diese keineswegs den Zweck verfolgt habe, eine Zollunion zwischen Deutschland und Frankreich vorzubereiten, um etwa auf eine Aktion dritter Mächte und vor allem Englands zu antworten, falls dieses Schutzölle für seine Industrie einführen sollte. Der englische Außenminister habe keinen neuen Kredit zur Stützung des englischen Pfundes verlangt, es sei jedoch klar, daß Frankreich, wenn die Zeit für eine Stabilisierung des Pfundes gekommen sei, mit Unterstützung Amerikas bereit sein würde, seinem früheren Verbündeten zu helfen.

Professor Preyer soll zahlen.

Die Sowjetgeschäfte des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten.

Ueber die Sowjetgeschäfte des ehemaligen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, des Königsberger Prof. Preyer, an dessen angebliche Konzession in Sowjetrußland der Wiener Kommerzienrat Klein das hübsche Säckchen von 40 000 M. verloren hat, hatten wir vor wenigen Tagen ausführlich berichtet. Die 40. Strafkammer des Landgerichts I hat nun in dem Prozeß des Kommerzienrats Klein gegen Professor Preyer einen Beschluß verkündet, der eine Rehabilitierung des Professors darstellen soll, in Wirklichkeit jedoch eine schlimme Schlappe für ihn ist. Die Kammer empfiehlt den Parteien einen Vergleich unter Berücksichtigung folgender Punkte:

Prof. Preyer soll an Klein 13 000 Mark zahlen, in Raten von 300 M. monatlich; damit sollen sämtliche Forderungen des Herrn Klein an Preyer erledigt sein; die Forderungen an den Ingenieur Walter (Preyers Faktotum) sollen aber aufrechterhalten bleiben.

In der Begründung dieses Beschlusses führte der Vorsitzende u. a. aus: Es sei ganz ausgeschlossen, daß Preyer die Absicht gehabt habe, Klein zu täuschen. Es sei auch zweifelhaft, ob Preyer der Vorwurf treffen könne, er habe durch jahrelängiges Verhalten Klein zu dem ihn schädigenden Vertrage veranlaßt. Es spreche aber alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß Preyer die 13 000 M., die er von Klein als Erlös für die Auslagen erhalten habe, zurückzahlen müßte. Schließlich habe auch Prof. Preyer, der an dem Gewinn beteiligt sein wollte, nach dem Scheitern der Sache auch an den Verlusten zu partizipieren.

Stlarek vor Großer Strafkammer.

Ueberweisung auf Grund der Notverordnung beantragt.

Auf Grund der §§ 1 und 19 des 6. Teils der gestrigen Notverordnung wird von der Staatsanwaltschaft der Antrag gestellt, das vor dem Amtsgericht bereits eröffnete Hauptverfahren in der Strafsache gegen Stlarek und Genossen an die Große Strafkammer des Landgerichts I zu verweisen.

Nach § 19 Abs. 2 der Notverordnung treten die Richter, die als Vorsitzender oder Mitglied des Schöffengerichts oder deren Stellvertreter berufen waren, für diese Strafsache in der gleichen Eigenschaft zur Großen Strafkammer über, da sie bereits mit der Vorbereitung der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht befaßt waren.

Das Präsidium des Landgerichts I wird bestimmen, wer von den ständigen Mitgliedern der Großen Strafkammer und deren regelmäßigen Vertretern auszuscheiden hat.

Bezahlte Fensterstürmer.

Für jede eingeschlagene Fensterscheibe zwei Mark.

Ein einziger von den kommunistischen Fensterstürmern auf Zeitungsfilialen — die Drahtzieher bleiben natürlich im Hintergrund — stand jetzt vor dem Schnellschöffengericht unter der Anklage der Sachbeschädigung. Nach der berühmten Methode, die in gleicher Weise von Kommunisten wie Nationalsozialisten angewendet wird, versuchte sich der Angeklagte vor der Verantwortung zu drücken. Das Interessanteste war, daß der 23jährige arbeitslose Stellmacher Albert Bost für seine revolutionäre Tat zwei Mark erhalten hatte. Bei der Verhaftung wurde das Geld auch bei ihm gefunden. Dem Gericht rückte er folgendes Märchen auf: Er sei am Montagabend in Spandau gewesen, hielt sich längere Zeit im Tiergarten auf und wurde auf dem Nachhausewege zu Rad von einem anderen Radler in der Flottwellstraße angesprochen, der ihn fragte, ob er sich 2 Mark verdienen wolle. Aber natürlich. Dann solle er eine Fensterscheibe in der Zeitungsfiliale an der Potsdamer Brücke einschlagen. Nun, weshalb auch nicht. Man suchte gemeinsam einen entsprechenden Stein, begab sich zu der Zeitungsfiliale und während er, Post, den Stein in das Fenster schleuderte, fuhr der andere Radler davon. Ein Polizeibeamter fuhr hinter Post her und stellte den Flüchtigen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er einer politischen Partei angehöre oder mit einer bestimmten Partei sympathisiere, antwortete der Angeklagte mit Nein. Die Feststellungen aus den Akten ergaben aber, daß der Angeklagte in einem Schöneberger kommunistischen Lokal verkehre, dort bereits einmal festgenommen sei, als Polizeibeamte mit Bierseideln beworfen wurden, daß er einmal wegen Ankleben kommunistischer Plakate eine Geldstrafe von 30 M. erhalten habe; auch damals will er 2 M. be-

Hugenbergs Landbank

Für 150 Goldmark 9000 Morgen gekauft

Der Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Finanzgeschäfte der Preußenkasse setzte gestern und heute die Beweisaufnahme fort. Als Zeuge wird Dr. Erich Reup, führendes Vorstandsmitglied der Neuland-K.G., seit deren Gründung im Jahre 1919 bis 1926, vernommen.

Nach der Ueberzeugung des Zeugen hat der Staat durchaus kein Verlustgeschäft gemacht, die Landbank stehe heute durchaus gut da. Geheimrat Hugenberg, damals stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats, war an der Neuland-Gesellschaft nicht beteiligt, wohl aber Freunde von ihm.

Wenn man sagt, daß man für 150 Goldmark damals 9000 Morgen gekauft habe, so ist das bei dem Charakter der Inflationszeit durchaus möglich.

Freiwillige Landabgeber gab es ja überhaupt nicht, es handelte sich fast ausschließlich um enteignetes Land. Man muß an die damalige Sachwertpsychologie denken. In der Inflationszeit sind übrigens die wahnsinnigsten Dinge geschehen, die man heute nicht für möglich hält. Das Wesentliche der Transaktion war allerdings die Bezahlung der holländischen Goldschuld. Daß die Aktien der Landbank sozusagen umsonst erworben seien, kann man nicht sagen;

die Landbank erhielt auf der anderen Seite den wertvollen Schutz einer sicheren Persönlichkeit,

einer starken Gruppe. Wenn von einem Mißverhältnis zwischen Schulden und Eigenkapital die Rede ist, daß nämlich die ersteren 93 Proz., das letztere nur 7 Proz. betrug, so war die Landbank da in sehr guter Gesellschaft: Es ging allen Siedlungsgesellschaften ganz ähnlich.

Den Wert der Saarow-Dieskow-Aktien hat der Zeuge sehr gering eingeschätzt. Es handelte sich um wesentlichen nur noch um Hintergelände. Die Stücke am Scharmüßsee selbst waren alle verkauft. Der Zeuge verneint die Frage, ob der Staat einen Schaden dadurch erlitten habe, daß vorher Werte aus dem Vermögen der Landbank herausgenommen worden sind. Er erklärt, der Staat würde andernfalls die alten Aktionäre überverteilt haben. Der Staat habe noch immer ein gutes Geschäft gemacht.

Der jetzige Generaldirektor der Landbank, Roderwald, wird als Zeuge gehört. Roderwald ist Vorstandsmitglied der Landbank seit dem 26. März 1926, als die Aktienmehrheit auf die öffentliche Hand überging. Der Zeuge hatte vorher eine Prüfung der Geschäftsvorgänge in der Landbank auf Eruchen der Staatsregierung vorgenommen und ein Gutachten erstattet, wonach die Voraussetzungen für eine Geschäftsaussicht nicht gegeben waren, weil es an genügend verfügbaren Werten fehlte und die bedrängte Lage der

Landbank nicht auf die Folgen des Krieges zurückzuführen wären, sondern auf Verlustgeschäfte, die im Jahre 1924 entstanden waren. Das Gutachten führte aus, daß die Möglichkeit der Durchführung des Konkursverfahrens nicht gegeben sei, weil es an Masse fehle. Irgendwelche flüssigen Mittel seien nicht vorhanden gewesen. Die Landbank hätte u. a. einen großen Posten Hypotheken in dem an Polen abgetretenen Gebiet, ferner Aufwertungsypotheken in Ostpreußen, die nicht zu mobilisieren wären. Der Grundbesitz sei mit Hypotheken belastet gewesen. Der Zeuge übernahm dann die Leitung der Landbank nach Uebernahme der Aktien durch den Staat. Tatsächlich seien die in der Bilanz des alten Vorstandes vom 31. Dezember 1925 aufgeführten Werte nicht in vollem Umfange vorhanden gewesen.

Ende 1925 hätten sich die katastrophalen Auswirkungen der Fälle Camp und Wöllhufen ergeben. Das sei der Keim zum Zusammenbruch der Landbank gewesen. Dem Hofkammerrat Pasche habe die feste Hand gefehlt, um die unglücklichen Geschäfte des Direktors Ulrich zu verhindern. Dem Staat sei durch den Ankauf der Landbank-Aktien ein Schaden nicht entstanden. Auch an den Krediten habe der Staat nichts verloren. Die Mehrheit der Kredite sei bereits abgemittelt, auch die Vorschüsse aus Hauszinssteuermitteln seien abgelöst. Die Landbank sei heute durchaus gesund.

Berichterstatter Kuttner (Sag.): Es ist behauptet worden, daß Sie für die ganze Siedlungsfrage nicht die genügende Sachverständnis besäßen.

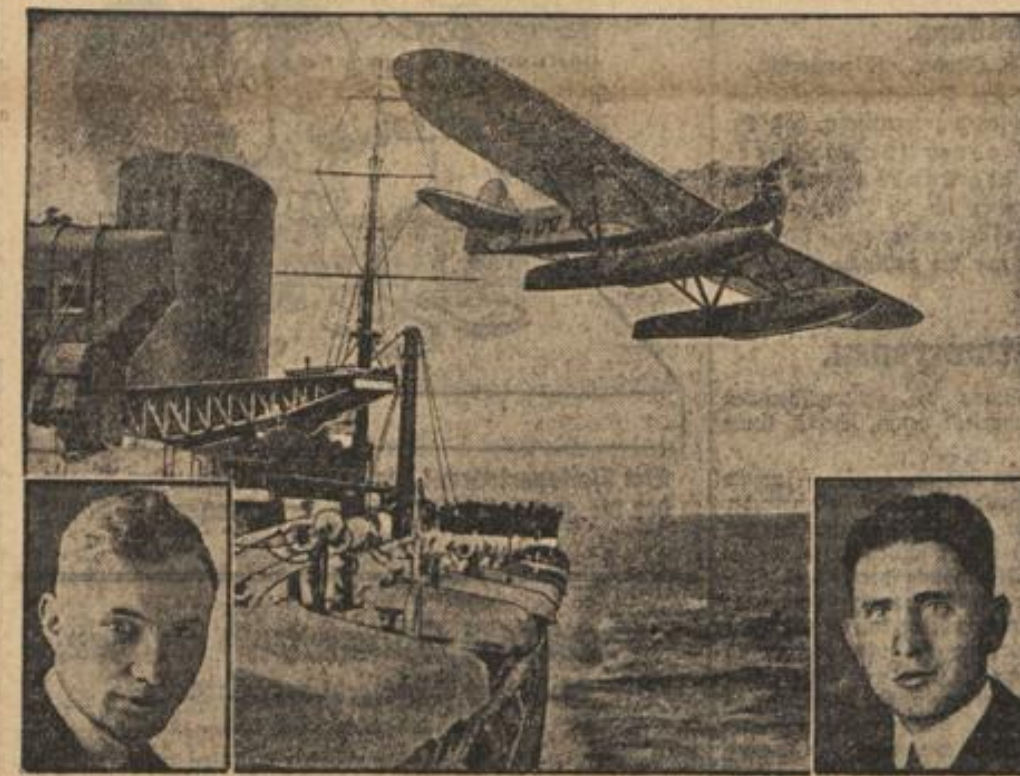
Zeuge: Hierfür sollte letzten Endes der Erfolg entscheidend sein. Die Herren, die 20 Jahre die Landbank geleitet haben, haben das Unternehmen bankrott gemacht, ich habe es wieder in die Höhe gebracht.

Berichterstatter Kuttner: Es wird gesagt, Herr Roderwald habe leicht wirtschaften, wenn er vom Staat sofort die erforderlichen Kredite bekomme, die der Landbank früher vorenthalten wurden.

Zeuge: Wenn man Geschäfte wie Camp und Wöllhufen macht, kann man das vom Staat auch nicht erwarten.

Die Frage, ob die öffentlichen Kredite von 10 Millionen Mark bei einem Konkurs der Landbank gesichert gewesen wären, bejahte der Zeuge. Ungesichert waren lediglich ein Kredit des Reichsentwädigungsamts zur Umkehrung von Flüchtlingssiedlern und vielleicht der Kredit der Provinzialbank von 250 000 Mark.

Der Berichterstatter suchte weiter festzustellen, wie der vom Staat für die Landbank gezahlte Kaufpreis tatsächlich zu bewerten sei. Der Zeuge gab zu, daß die hier vorgenommenen Transaktionen bedenklich seien. Auffällig sei besonders, daß die im Januar 1926 in einer Aufstellung für das Amtsgericht mit 800 000 Goldmark angegebenen Saarow-Dieskow-Aktien wenige Tage später für 30 000 Mark herausgegeben wurden.



Das Kalapultflugzeug „New York“.

das der Mond dampfer „Bremen“ mitführte und das die Post dem Schiffe Hunderte von Kilometern voranzubringen pflegt, stürzte in nebligem Wetter in der Nähe der Küste von Neufundland ins Meer und ging unter. Pilot Simon (unten links) und Bordjunker Wogentnecht (rechts) sind ertrunken.

kommen haben. Dem Beamten, der ihn zwangstellte, verfehlte er einen Schlag mit dem Kleisterpinsel ins Gesicht; daß er in zwei anderen Fällen gleichfalls wegen Anklebens von Plakaten festgenommen worden sei und daß er auch im Verdacht gestanden habe, an einem Ueberfall auf Nationalsozialisten teilgenommen zu haben.

Ein Zeuge, Inspektor der Filiale, konnte nur hinzufügen, daß verschiedene Steine, die in den Ullstein-Filialen aufgefunden wurden, in Papier gehüllt waren, die unter anderem die Inschrift Rotfront lebt und dergleichen mehr enthielten.

Nach längerer Beratung verkündete Amtsgerichtsrat Rosenthal das Urteil, 6 Monate Gefängnis. Ueber die Gründe der Strafzumessung führte er unter anderem aus: Derartigen Ausschreitungen müsse mit der ganzen Strenge des Gesetzes entgegengetreten werden; es sei zu berücksichtigen, daß hier Ruhe und Ordnung empfindlich gestört worden sei und daß man die Staatsautorität unter solchen Umständen nur durch empfindliche Strafen wahren könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Haftbefehl, das Gericht befiel sich eine Entscheidung darüber vor.

Nächtlicher Beutezug.

Für 10 000 M. Radioapparate erbeutet.

Reiche Beute machte in der vergangenen Nacht eine Diebesbande, die nach einer beschwerlichen Kleistertour in die Räume der Radio- und Grammophon-Epportfirma Schön in der Ritterstraße 90 eindrangen.

Obgleich der ganze Geschäftskomplex unter ständiger Bewachung steht, konnten die Einbrecher unbemerkt eindringen und unter den Apparaten reiche Auswahl treffen. Die Täter verschafften sich zunächst in das Nachbargrundstück Ritterstraße 88/89 Einlaß. Von hier überkletterten sie eine über zwei Meter hohe Mauer und durchschnitten mit Stahlscheeren den Stacheldraht. Für die Ver-

brecher war es dann leicht, die hintere Tür zu den Lagerräumen der Epportfirma aufzustemmen. Sie entwendeten nur die teuersten Radio- und Kofferapparate sowie eine größere Anzahl von Schallplatten. Die Beute muß die Kolonne zweifellos mit einem Wagen fortgeschafft haben, der in der Nähe, vermutlich in einer Seitenstraße, gehalten hat. Bisler fehlt von den Tätern jede Spur. Die gestohlene Ware hat einen Wert von über 10 000 Mark.

Trauerfeier für Prof. Großhahn.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte veranstaltete zum Andenken an den unlängst verstorbenen Genossen Professor Alfred Großhahn im Landtagsgebäude eine Trauerfeier. Der Vorsitzende, Genosse Dr. Korach, begrüßte neben den Angehörigen des Verstorbenen die Vertreter der Parteiorganisation, verschiedener Ministerien, der medizinischen Fakultät und der Wertekammer. Seine einseitigen Worte galten dem Lehrer, dem Forscher, dem väterlichen Freund, der eine ganze Schar von Ärzten zu Sozialhygienikern herangebildet hat. Die Gedächtnisrede hatte Genosse Professor Chajes übernommen, der Großhahns Werdegang, seine wissenschaftlichen Leistungen, seine Beziehungen zum politischen Leben und seinen Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Gesundheitswesens schilderte.

Vorträge eines Streichquartetts umrahmten die würdig verlaufene Feier.

Neues USV-Gold für Frankreich. Die Guarantes Trust Company von New York hat Gold im Werte von 22 550 000 Dollar nach Frankreich verschickt.

Englisches U-Boot in Sowjetmarine. Das englische U-Boot „N. 53“, das im Jahre 1919 in der Nähe von Kronstadt gesunken ist, wurde am Montag gehoben und der Roten Marine überreicht.

Ablehnung in Thüringen.

Vergebliche Bemühungen der Spalterpartei.

Weimar, 8. Oktober. (Eigenbericht.)

Im seinem bisherigen engsten Wirkungskreis sprach am Mittwochabend in einer öffentlichen Versammlung Kurt Rosenfeld über seinen Ausschluß aus der Partei. In langer juristischer Beweisführung verteidigte er sich gegen den Vorwurf der Bildung der Sonderorganisation. Die von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung verhielt sich ihm gegenüber nicht nur sehr reserviert, sondern auch gegenüber seinen phantasievollen Ausführungen über die Aussichten der neuen Partei. Durch üble Angriffe auf die Vorstände und Angestellten der Organisationen suchte er Resonanz zu erreichen. „Bonzen“, „Postenjäger“ waren so die üblichen Bezeichnungen. Auf das Mitgehen der Vorstände lege er keinen Wert. Sehr schlimm waren die Beschimpfungen der SAJ-Funktionäre und der Mitglieder der SAJ, die sich gegen die Zerreißen ihrer Bewegung wenden. Dieses Wehren geschehe nur, behauptete Rosenfeld, damit sie die Möglichkeit behielten, einmal eine Umstellung zu bekommen. Für welche Ziele die neue Partei besonders kämpfen will, wurde nicht gesagt. Sozialismus und Demokratie sind Ziele, zu denen die Arbeiterschaft eine neue Partei nicht braucht. Rosenfeld lehnte es ab, zur SPD zu gehen, aber auch eine Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei komme für ihn nicht in Frage. Mit einer Beschimpfung der Reichstagsfraktion schloß Rosenfeld. Der Bezirksvorsitzende der Partei, Genosse Georg Dietrich, der Bezirksvorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, Genosse Willi Eberling und der Ortsvorsitzende der Arnstädter Partei, Genosse Steinbrück traten Rosenfeld sehr scharf entgegen. Unter starker Zustimmung der Versammlung gelsteten sie die Versuche, die von Rosenfeld in seinen Ausführungen selbst als vorbildlich bezeichnete stürmische Partei- und Jugendbewegung zu zerreißen. Rosenfeld erwiderte sehr schwach. Die an sich schon laue Stimmung zeigte sich, als der Leiter der Versammlung eine Resolution mit der Aufforderung, der neuen Partei beizutreten, zur Abstimmung brachte. Keine Hand erhob sich! Die Erbitterung unter Rosenfelds Arnstädter Wählern war nach seinem gestrigen Auftreten sehr groß.

Kein Boden für Rosenfeld.

Kiel, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Mehrere hundert Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei nahmen am Dienstag zu den Spaltungsbestrebungen der Rosenfeld und Sendewitz Stellung. Einmütig bekundeten die Funktionäre in einer Entschließung ihr Einverständnis mit den Maßnahmen des Parteivorstandes und erklärten den als einen Verbrecher an der Arbeiterbewegung, der in dieser Zeit des schwersten Kampfes der Partei in den Wäldern zu fallen versucht. Mit der gleichen Schärfe wandte sich die Partei in Neumünster gegen die Spaltungsabsicht.

Mit Bemühung darf festgestellt werden, daß in Schleswig-Holstein die Sendewitz-Anhänger keinen Boden finden konnten. Die Partei steht geschlossen hinter ihrer Stellung.

Köln, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Wahlkreis Köln-Nachen haben die Spalter kein Glück gehabt. Kein Mitglied der Partei, das in der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre oder ein Amt für sie in öffentlicher Stellung bekleidet, ist der Parole der Spaltung gefolgt.

In dem großen Ortsverein Köln haben sich nicht einmal zwei Duzend Abtrünnige gefunden, die zu den Spaltlern übergetreten sind. In den zahlreichen Ortsvereinen außerhalb Kölns hat nur ein einziger Ortsleiter einer unbedeutenden Gruppe in einem Landstädtchen seinen Uebertritt zu den Spaltlern vollzogen.

Die Lage in Breslau.

Breslau, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Auswirkungen der Abspaltungsbewegungen auf die Stadtparteiorganisation der Breslauer Partei sind bereits erkennbar. Von den bisher 34 sozialdemokratischen Kollegiumsmitgliedern bleiben 18, also mehr als die Hälfte, der Sozialdemokratischen Partei treu. Vorsitzender der SPD-Fraktion wird, da der bisherige Vorsitzende sich für Estlein entschlossen hat, der Geschäftsführer des Freidenkerbundes für Mittelschlesien Karl Pletisch. Von den sozialdemokratischen Stadträten ist nur einer, Klose, zu den Spaltlern übergegangen. Der sozialdemokratische Bürgermeister Wache bleibt ebenfalls der Sozialdemokratie treu.

Was ist Trumpf?

Die freigewerkschaftliche Liste 2!

Die Firma Trumpf, Schokoladenfabriken Leonhard Monheim, Berlin-Weißensee, macht es der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sehr schwer, ihr gesetzliches Recht zu verfechten zur Wahl eines Arbeiterrats.

Der Spitzenkandidat der freigewerkschaftlichen Liste wurde gemahregelt und die Firma warnt in Wort und Schrift vor der Wahl der freigewerkschaftlichen Liste. Sie stellt die Frage, ob die Arbeiterschaft mit ihr in Zweierarbeit leben wolle, indem sie die freigewerkschaftliche Liste wählt.

Geh., Akkord- und Handarbeiter- und Arbeiterinnen! Macht Schluss mit dem gelben „Arbeiterrat“! Morgen muß durch die geheime Stimmzetteltabgabe die Entscheidung fallen gegen die gelben „Trumpf“-Weihnachtsmänner.

Die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft erwartet von der „Trumpf“-Arbeiterschaft, daß sie morgen den Stimmzettel der freigewerkschaftlichen Liste 2 wählt.

Der Romflieger gerettet.

Aus Ufer von Korrika geschwommen.

Rom, 8. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Antifaschist di Bolla, der am Sonntagabend mit einem Flugzeug über Rom flog und antifaschistische Flugblätter abwarf, mußte auf dem Rückflug vor Korrika auf dem Wasser niedergehen. Di Bolla rettete sich schwimmend an Land.

Die beiden Deutschen Bohning und Keiner, die dem Italiener Sauto di Bolla die Klemm-Maschine verkaufen, mit deren Hilfe dieser über Rom antifaschistische Propagandazettel abwarf, sind von der Marceller Polizei aufgefordert worden, sich zu ihrer Verfügung zu halten.

92. Ubl. Unser langjähriges Mitglied Wilhelm Schent, Gastwirt, Kosenstr. 24, ist verstorben. Obere seinem Andenken. Einäscherung Freitag, 9. Oktober, 12 1/2 Uhr, Krematorium Baumgartenweg.

136. Ubl. Die Hofeierveranstaltung fällt heute aus. Termin wird noch bekanntgegeben.

„Morgen — acht Uhr Frack!“

Der neue Dacho-Kurs. — Der erste Film ohne Filmindustrie!

Die „Dacho“ — genauer: die Dachorganisation der filmschaffenden Künstler Deutschlands — ist die gewerkschaftliche Zusammenfassung aller am Film beteiligten Berufssparten, so des „Verbandes der Filmregisseure“, des „Verbandes der Kameraleute“, des „Verbandes der Filmdarsteller“, der „Gesellschaft der Filmmusikautoren“ und so weiter. In den letzten Jahren hat diese Organisation immer mehr an Umfang und Bedeutung gewonnen. Nach dem Hinscheiden ihres Gründers Lupu Piel wurde im Sommer dieses Jahres G. W. Pabst — Schöpfer des Filmes „Westfront 1918“ — zum Vorsitzenden gewählt. Pabst trat mit einem großen Programm vor die Öffentlichkeit. In diesem zeigte er, um welche Hauptpunkte der Kampf des filmschaffenden Künstlers und somit der Dacho geht.

Ein paar besonders brennende Fragen seien hier herausgegriffen. Wenn heute ein Schauspieler engagiert wird, so legt ihm der Industrielle einen Vertrag vor, wie ihn die „Splo“, die Spitzenorganisation der Filmindustrie verfertigt hat. Darin verpflichtet sich der Schauspieler, absolut und zu jeder Tages- und Nachtzeit dem Unternehmer zur Verfügung zu stehen. Auf jeden Anspruch auf eine bestimmte Rolle muß er ausdrücklich verzichten. Durch diesen Vertrag liefert er sich wehrlos der Willkür der Industrie aus. Vor allem aber: jedes Risiko wird auf ihn abgewälzt. Während der Gültigkeit dieses Vertrages ist der Schauspieler mit Haut und Haar dem Unternehmer verfallen.

Der Künstler, dem solch ein Vertrag vorgelegt wird, hat dreierlei Möglichkeiten. Erstens: er unterschreibt. Zweitens: er sagt, ich möchte mir das erst einmal ansehen. Und dann wird er sogleich Änderungen verlangen und der Unternehmer wird ihm erwidern, daß Änderungen an diesem Vertrag nicht zulässig seien. Dann kann er drittens sich weigern zu unterschreiben. Worauf der Filmindustrielle sich einen anderen Schauspieler engagiert.

Gegen diese Entrodrung, für die Schaffung eines Normalvertrages führt die „Dacho“ seit ihrem Bestehen den Kampf. Im Herbst werden die Besprechungen über diesen Punkt im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommen, und es ist zu hoffen, daß dann endlich ein Vertrag zustande kommt, bei dem nicht nur die Interessen und Rechte der Filmindustrie, sondern nicht minder auch die der filmschaffenden Künstler berücksichtigt werden.

In der Erfassung aller zur Organisation gehörigen Filmschaffenden schreitet die „Dacho“ von Jahr zu Jahr fort. Soeben haben sich der „Verband der Filmmutter“ und der „Verband der Filmkleinrentner“ gegründet und korporativ der „Dacho“ angeschlossen. Der gesamten am Film interessierten Öffentlichkeit ist ein Dienst erwiesen worden durch das von der „Dacho“ errichtete „Archiv der Presse-Film-Kritiken“, in dem sämtliche in Deutschland erscheinenden Kritiken gesammelt und aufbewahrt werden.

Der verfilmte Dreiser.

„Eine amerikanische Tragödie“ als Pressevorstellung.

Vielleicht wurde „Eine amerikanische Tragödie“ der Berliner Presse vorgeführt, weil Theodore Dreiser, der große amerikanische Romancier gegen die Art der Verfilmung Protest einlegte und die Paramount mit einem Prozeß bedrohte. Der Film lief in der originalen amerikanischen Fassung, also in englischer Sprache.

Warum der Kampf um dieses Werk?

Dreiser schrieb einen sozialen Roman. Ein junger Mensch steigt aus den unteren Schichten auf. Reiche Verwandte entsinnen sich seiner. Die neue Welt nimmt ihn gefangen. Er will ihr ganz gehören, deshalb beseitigt er das Mädchen, das ihn noch mit seiner Vergangenheit verknüpft. Er endet auf dem elektrischen Stuhl. Der junge Mann ist einer unter den vielen, ein Durchschnittsmensch und ein williges Objekt für die Einflüsse seiner Umgebung. Er, kein Wörder aus Passion und Veranlagung, unterliegt dem korumpierenden Fluß einer korumpierten Gesellschaft, die noch außen die moralische Maske trägt und von ihren Bankkonten gedeckt wird. An dem Fall Clyde Griffiths demonstriert Dreiser die Heuchelei und Fragwürdigkeit der amerikanischen Gesellschaft, die den Armen schuldig werden läßt. Das soziale Bild ist wichtiger als der individuelle Fall, der nur zum Symbol der herrschenden Zustände wird.

Was geschieht nun im Film?

Zuerst wird der soziale Hintergrund radikal ausradert, die vornehme Gesellschaft spielt keine trübe Rolle. Die Menschen sind nicht mehr in einer Klasse verwurzelt, sondern schweben frei im Raum. Es entsteht also ein interessanter individueller Fall. Dadurch wird aber der Charakter des jungen Mannes gewandelt. Die Tat ist nicht aus der inneren Atmosphäre des Luxus geboren, der in ihm den Wunsch erregt, hier sich für immer fest zu verankern, sondern aus der eigenen seelischen Veranlagung. Damit verschleichen sich die Akzente. Dreisers Tendenz wird abgeblendet und unschädlich gemacht. Das soziale Bild existiert nicht mehr, die Anklage fällt fort, die Vornehmen trüben kein Fleckchen.

Abgesehen davon hält der Film hohes künstlerisches Niveau. Er rückt in die Nähe des „David Golder“, der genialen Leistung des französischen Regisseurs Duvalier. Wie bei den Franzosen, fasziniert auch hier die vorbildliche Sprachbehandlung, die Gliederung und Steigerung einer Rede, die Natürlichkeit und Ausdruckskraft der Geste. In der Verhandlungsszene, die im Zusammenhang des Ganzen gesehen, zu breit ausfällt und dadurch fast das Handlungsgeschehen stört, erreicht der Regisseur Josef von Sternberg als Wortregisseur den Höhepunkt. Die Anklage des Staatsanwalts ist ein Meisterstück. Sie ist bis ins kleinste Detail durchgeföhrt und verbindet Pathos mit einem erstaunlichen Reichtum an Nuancen. Der deutsche Tonfilm bietet hierzu kaum Vergleichs.

Und noch ein Moment kommt hinzu: die Schtheit der Menschen. Wie im stummen amerikanischen Film ist auch hier der Schauspieler in erster Linie Vertreter eines Berufs, dessen Merkmale er trägt. Er spielt nicht Affette um ihrer selbst willen, er legt keine Grob- aufnahme hin, er bleibt vielmehr in dem Rahmen, den der Ausdrucksrhythmus der dargestellten Berufsschicht schafft. F. Sch.

Peer Gynt.

Staatstheater.

Sinn des Stückes ist der Legendenbau vom verlorenen Sohn. Nur Heide Ibsen sein nordisches Vaterland abgöttisch, und da es nur Stipendien verliert, nicht aber eine Bürgerkrone aus Vorbeer oder Gold, fühlte er sich zum verzweifelten Schmähnen und Schelten berechtigt. Er symbolisierte seine Unzufriedenheit, er erlangte den Träumen und traumigen Heiden Peer Gynt, in dem er sich selber spiegelte. Er sah sein Land. Er verließ alles, was ihn liebte, hatte, was ihn liebsten wollte, die verflümmerte Mutter und die

In den nächsten Wochen will sie erstmalig einen anderen Plan verwirklichen: mit den Filmkritikern sollen Diskussionen veranstaltet werden, um diesen die Notwendigkeiten des filmschaffenden Künstlers noch näher zu bringen. Schließlich seien auch noch die Maßnahmen erwähnt, die die „Dacho“ unternimmt, um eine Neugestaltung des Urheberrechts bezüglich des Films zu erreichen. Nach der bisherigen Rechtsauffassung ist der Film eine Ware, über die der Hersteller frei verfügen kann. Das geistige Produkt des Regisseurs und der Schauspieler darf durch den Produzenten — der ja im wesentlichen nichts weiter ist als der Geldgeber — beliebig verändert, verkürzt, ja, in das Gegenteil verwandelt werden. Diesem Zustand ein Ende zu machen wird angestrebt.

Den bedeutsamsten Schritt aber wohl, den die „Dacho“ seit ihrem Bestehen gewagt, unternimmt sie heute. Sie beginnt mit einer eigenen Filmproduktion. Einer der wesentlichsten Punkte für die gesamte Gestaltung eines jeden Filmes ist seine Finanzierung. Die für den Dacho-Film erforderlichen Mittel stehen zur Verfügung. Mindestens ebenso wichtig aber ist, daß bei diesem Film weder der Geldgeber noch die Materiallieferanten am Reingewinn beteiligt sein werden. Das unterscheidet diesen Versuch grundsätzlich von fast allen ähnlichen Filmgemeinschaftsproduktionen. Ihm fehlt die kapitalistische Note.

Der Titel des — von einem jungen Autor geschriebenen — Drehbuches lautet: „Morgen — acht Uhr Frack“. Das Manuskript behandelt das Schicksal zweier junger erwerbsloser Schauspieler, die als Komparsen beim Film mitarbeiten. Mit der Regie ist Henric Galeen betraut worden, der Schöpfer des unergelichten Stummen „Studenten von Prag“. Der Reingewinn soll zu fünfzig Prozent unter die an diesem Film mitwirkenden Künstler ausgeschüttet werden. Die restlichen fünfzig Prozent fließen einem Fonds der Dacho zu. Denn diese will sich nicht nur damit begnügen, dem Schauspieler die Chance eines Engagements zu geben. Darüber hinaus möchte sie durch diesen Film eine leistungsfähige Wohltätigkeitskasse errichten und eventuelle korporative Versicherungsverträge abschließen. Nach Gelingen des ersten Filmes soll die Produktion fortgesetzt werden. Das Drehbuch liegt vor. Die Gelder sind da. In drei Wochen werden die Aufnahmen beginnen.

Sicher bedeutet das einen vorbildlichen Akt der „Selbsthilfe“ einer notleidenden gewerkschaftlichen Organisation. Die in der „Dacho“ zusammengeschlossenen filmschaffenden Künstler Deutschlands haben sich entschlossen, selber „Arbeitgeber“ zu werden, um den arbeitslosen Kollegen Arbeit zu verschaffen. Aber hier könnte wohl auch eine neue Ära der Filmproduktion beginnen, eine Epoche, auf die all jene worten, die Freunde des Films sind, trotz der deutschen Filmindustrie. P. E.

stübliche Gesichte. Als er nun draußen ist, als er durch die Verbannungshölle wandert und nichts anderes sieht als den Egoismus der Leute, ihre Berrücktheit und Aufgeblasenheit, da kehrt er zurück. Er bereut tief, daß er nicht daheim blieb. Doch jetzt ist er altersschwach und das Sterben kann noch sein Schicksal sein. Die Geliebte bittet seinen Kopf in den Schoß und bereitet ihm die Friedensstätte, die Peer Gynt weder in der Heimat, noch draußen in der Verbannung fand.

Das ist der großartige symbolische Singang Ibsens, den er dichtete in Klagen und auch schnippischen Versen. Das ist die Lebensbeichte des pessimistischen Patrioten und Weltmannes, der die Welt abseufend und abgeschmackt fand und, schopenhauerlich verseucht, alle seine Ideale zu Grabe trug.

Das ist die Bettleroper vom Traumkönig, das Sinnspiel von der unbefriedigten Vaterlandsliebe. Schließlich ist das der herrlichste Text, der den unsterblichen Krieg zu der merkwürdigsten europäischen Schnulchenmusik inspirierte. Alles, was nordischer Spitz, Witternachtssonnenleucht und Angst vor ewigem Winter ist, wurde aufgelöst durch diese Griechische Musik. Sie tönte, sie seufzte, sie mochte und schmeichelte und versetzt in romantischste Bangigkeit und Begeisterung den Menschen, der sie hört und hineingleitet in alle mythischen Schauer.

Wiso mühte die Sachlichkeit der Darstellung dieser unendlich musikalischen Nervosität folgen. Anstatt dessen bringt die Neuauflage nur die nächsternste Sachlichkeit. Verantwortlich ist hierfür ebenso der Regisseur Fehner wie George, der Peer Gynt. Alles, aber auch alles Entscheidende geht verloren: die Morgensterne Kunst der Ueberzeugung, die Sentenzschärfe, die Ibsensche Phantastie, die ins Ungeheuerliche hinüber wandert. Szenen, die gar nicht zusammenzupassen scheinen, folgten aufeinander. In lauter Tonfilmtheater, die ab und zu nur von dem Bühnenbildner Caspar Reher der Ibsenschen Meister- und Wirklichkeitswelt genähert werden, gerfällt die Oper von Peer Gynt. Kurz, die arme Vorstellung ohne quellenden Geist gibt nichts von dem, was der Dichter träumte. M. H.

Konzerte der Volksbühne.

Wie alljährlich, veranstaltet die Volksbühne auch in diesem Winter eine Reihe von Konzerten im Theater am Bülowplatz. Die Programme bieten Orchesterkonzerte unter Leitung von Generalmusikdirektor Hermann Scherchen, in denen u. a. eine Uraufführung von Honegger, sowie Mahlers X. Sinfonie, Beethovens Große Fuge und Mozarts Bläserferenade zu Gehör gebracht wird. Außerdem finden Liedermatinen von Maria Jürgán und Heinrich Schlusnus statt. Frederic Lamond spielt für die Mitglieder der Volksbühne am 5. Dezember, dem 140. Todestage Mozarts, abends im Bechsteinaal, die wichtigsten Klavierwerke des Meisters.

In der Silvesterfeier der Volksbühne am 31. Dezember, abends 11 Uhr, gelangt wiederum Beethovens IX. Sinfonie zur Aufführung. Leitung: Dr. Fritz Siedrn; Mitwirkende: Das Bläserharmonische Orchester, der Berliner Volks-Chor.

Leistungstheater. Die Premiere von Rostand's „Der letzte Caidagen“ ist von heute auf Dienstag, 13. Oktober, verlegt worden. Racten behalten ihre Gültigkeit.

Internationales Theater. Die auf den 9. festgesetzte Premiere von „Two virtues“ ist auf den 16. verlegt worden.

Viga für Mutterhaus. Der Film „Das seltsame Leben“ wird am Sonntag um 2.30 Uhr im „Ankoff“ Pantoff, Berliner Str. 27, mit einem Vortrag des Sozialökonomikers G. Haupt vorgeführt. Eintritt in der Geschäftsstelle der Viga, Postf. 40, Postamt Str. 4, bei Döding.

Orgelkonzert in der Charlottenburger Schloßkapelle. Am Sonntag zwei Konzerte mit dem gleichen Programm um 18.30 und 19 Uhr. Johannes G. Rehbach, der Organist des hiesigen Roms, spielt größere Werke von Meistern aus dem 18. Jahrhundert. Eintrittspreis 50 Pf.

Schulnot durch die Hintertür

Kinderberichte / Mitgeteilt von Carl Dank

Unmittelbar und hart greifen die Notverordnungen mit ihren Sparmassnahmen in die gesamten Schulbetriebe ein. Einschränkungen in Beleuchtung und Heizung, in Ausbesserungen und Reparaturen, in Lehr- und Lernmitteln gefährden die Schularbeit auf das schwerste, und dabei haben sich die Ueberbelegung der Klassen und der Abbau von Lehrkräften mit ihren katastrophalen Folgen noch gar nicht einmal auszuwirken begonnen.

Gleichzeitig aber mit diesen direkt wirkenden Faktoren sind verderbliche Kräfte am Werke, die mittelbar, durch die Hintertür sozusagen, neue Not in die Schulen tragen. Es ist die steigende Verelendung der Massen, die, je länger, desto furchtbarer, der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule ihren Stempel aufdrückt. Kinder, denen die tägliche Not das Wort aus den Knochen, das Blut aus den Wangen gezogen hat, die jahrelang den feilschen Druck häuslicher Entbehrungen nicht loswerden, sind ungeeignet und unfähig für die Aufgaben der Schule, die eigentlich nur heiter gestimmte, aufnahmefreudige Gemüter und frische, gesunde und gutgenährte Körper brauchen kann. Müssen solche unterernährten, matten und stumpfen Wesen das geistige Exerzium, die straffe Konzentrierung, die Anspannung der Verstandes- und Gedächtniskräfte nicht als eine sinnlose Drangsalierung empfinden?

Schlimmer noch als durch alle direkten Eingriffe wird durch diese langsame körperlich-seelische Auspöderung des Kindermaterials das Unterrichts- und Erziehungswert einer Nation gefährdet. Freilich ist es schwer, wenn nicht gar unmöglich, diesen Auszehrungsprozess in seinen einzelnen Phasen zu erkennen und in seinen Symptomen durch authentische Belege zu erhärten. Immerhin sind in ärztlichen Befunden, in mündlichen Aussagen wie in Niederschriften von Kindern sichere und unbezweifelbare Anzeichen dafür vorhanden, in welcher unheilvoller Weise das Sparsystem in der Schule sich auszuwirken beginnt.

Die nachfolgenden Aeußerungen entstammen den Niederschriften einer Klasse von elf- und zwölfjährigen Jungen und Mädchen, deren Väter zu einem Drittel erwerbslos und zu einem weiteren Prozentsatz mit Kurzarbeit beschäftigt sind. Es kam hier weniger darauf an, ein besonders trasses Bild der Not aufzuzeigen, als vielmehr darauf, den allmählich ansteigenden Druck zu registrieren, der das körperliche wie das geistig-seelische Leben einer Klasse langsam in Bann zu schlagen beginnt. Die Nennung der Namen unterbleibt:

„Wir haben sonst in der Schule gebastelt. Das können wir bald nicht mehr; denn die Sachen, die wir dazu brauchen, Holz, Pappe, Buntpapier und Lein, und die Geräte, bekommen wir nicht

mehr. Wir bekommen auch kein Reisegeld mehr. Und das Baden in der Schule hat auch aufgehört.“

„Als ich eines Mittags mit dem Zuge nach Hause fuhr, hörte ich, wie zwei Männer sich über die Rentenkürzung unterhielten. Da dachte ich daran, daß mein Vater, der auch eine kleine Rente bezieht, ebenfalls weniger bekommen würde. So ist es auch. Unsere Mutter muß nun mit dem Geld sehr sparsam sein.“

„Seit Anfang März muß mein Vater alle 14 Tage einen Tag aussetzen; das ist schon gleich ein Lohnausfall von 10 M. Vielleicht wird in der nächsten Zeit die 40stündige Arbeitswoche eingeführt, vielleicht werden dann auch einige entlassen werden. Wir können bis soweit ja noch nicht klagen; aber die Arbeitslosen und die schon ausgebeuteten sind, die armen Leute sind zu bedauern.“

„Erst haben meine Eltern beide gearbeitet; nun ist meine Mutter entlassen worden, und mein Vater arbeitet nur noch 5 Tage.“

„Wenn ich einen Groschen haben möchte, sagt Mutter: Die paar Groschen, die ich noch übrig habe, muß ich für die Handwerksburschen behalten.“

„Wenn ich einmal zu meiner Mutter sage: Es kostet ja nur

10 Pfennig, so sagt sie: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist den Taler nicht wert.“

„Wegen der großen Geldknappheit muß sich fast jede Familie einschränken. Mein Schwager hat uns eine alte Hose gegeben, die ihm zu klein war. Daraus hat meine Mutter eine Hose für mich gemacht. Mein Vater hat verschiedene alte Schuhe wieder hervorgeholt und sie ausgebessert.“

„Sonst haben wir frische Butter aufs Brot gehabt, jetzt müssen wir Margarine essen. Fleisch gibt es höchstens am Sonntag.“

„Meine Mutter ist Witwe; sie kriegt eine Rente für meinen verstorbenen Vater. Davon sind ihr 14 M. abgezogen worden. Sie kommt kaum mit dem Gelde hin. Wie kriegen wir unsere 14 M. wieder? So fragt sie immer. Wir dürfen keinen Bohnenkaffee mehr trinken, nicht mehr so viel Aulage holen, müssen auch mit der Milch sparen. Ich darf auch nicht mehr so oft mit der Elektrischen fahren; aber ich soll auch nicht so viele Schuhsohlen kaputt lassen.“

Zum Schluß möge einer das Wort nehmen, der von sich bekennt, daß er die steigende Not noch gar nicht bemerkt hat: „Ich merke nicht viel, daß wir uns irgendwie einschränken. Das kommt daher, daß wir noch nie so viel gehabt haben, als daß wir uns groß einschränken könnten. Zum Beispiel Bohnenkaffee trinken wir nur selten, nur ab und zu mal an Festtagen; altes Zeug hat meine Mutter von jeher schon verwendet. Und wir haben schon immer Margarine aufs Brot gestrichen. Eine Zeitung wurde uns von einem Bauer mal gute Butter ins Haus gebracht; doch meine Mutter hat ihn bald wieder abbestellt.“

Nachdruck verboten.

Jugend und Beruf

Ein Beitrag zur Berufsnot / Von Dr. S. Weinberg

Alljährlich verlassen große Scharen jugendlicher die Schule und werden dann vor die schwere Aufgabe gestellt, einen Beruf zu ergreifen. Der Schritt von der Schulbank ins Leben ist schon in normalen Zeiten schwer und gefährvoll, soll doch der Jugendliche eine Entscheidung für das ganze Leben treffen, ohne daß er bereits über genügende Erfahrung und Einsicht verfügen kann. Die anhaltende Wirtschaftskrise hat die Schwierigkeiten der Berufswahl ins Ungemessene gesteigert. Alle Berufe sind überfüllt, die bereits Ausgebildeten können keine Arbeit finden; was für Aussichten kann unter diesen Umständen die junge Generation haben, die erst in das Berufsleben eintreten muß? Es besteht ein Mangel an Lehrstellen; aber auch wenn die Ausbildung in einem Betriebe erreicht ist, droht das Gehpenst der Arbeitslosigkeit. Die Unmöglichkeit, eine geregelte Tätigkeit zu finden, hat auf die Lebenseinstellung und die Entwick-

lung des jugendlichen Arbeitslosen mit Notwendigkeit die verheerendsten Wirkungen. Unter den jugendlichen Kriminellen ist der weitaus größte Teil arbeitslos. Diese Folgen der Arbeitslosigkeit gehören zu ihren gefährlichsten Auswirkungen.

Die Berufsberatungsstellen suchen nach besten Kräften zu helfen; sie beobachten den Arbeitsmarkt und bemühen sich festzustellen, in welchem Beruf der Jugendliche nach Begabung, Reigung und Vorbildung die relativ besten Aussichten hat. Die wichtige Arbeit der Berufsberatung kann aber nur fruchtbar sein, wenn sie sachgemäß auf wohlgeordneten Erkenntnissen aufgebaut ist. Deshalb haben alle Forschungen über das Berufsproblem erhöhte praktische Bedeutung. Die Berufsnot der jungen Generation wird gewiß erst dann radikal beseitigt werden können, wenn sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gebessert haben, aber es ist notwendig, daß auch in Zeiten der Krise alles getan wird, was geeignet ist, das Problem wenigstens etwas zu mildern. Die Jugendpsychologie hat in den letzten Jahren begonnen, sich ernsthaft mit der Berufsfrage zu befassen. Eine gute Uebersicht über das ganze Gebiet gibt das soeben erschienene Werk von Paul F. Lazarsfeld „Jugend und Beruf“ (Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1931, 206 Seiten, gebunden 10 Mark). Der Band enthält eine Reihe wichtiger Untersuchungen über das Berufsproblem, die im Wiener psychologischen Institut durchgeführt wurden. Der Herausgeber Paul Lazarsfeld hat in dem Bande eine kritische Besprechung aller bisher erschienenen Beiträge zum Thema Jugend und Beruf vorangestellt.

Diese Arbeit über „Die Ergebnisse und Aussichten der Untersuchungen über Jugend und Beruf“ bietet eine wertvolle Einführung in den Problembereich. Lazarsfeld hebt besonders die Lücken hervor, die in der wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Gebietes noch bestehen und die eine künftige Forschung ausfüllen muß. Die Berufswahl und ihre Motive, die Berufserziehung und das Berufsschicksal werden eingehend behandelt. Die psychologische Untersuchung löst besonders deutlich die Benachteiligung des proletarischen Kindes hervortreten, das sich in den wichtigen Entwicklungsjahren zwischen 14 und 16 Jahren nicht frei entfalten kann, weil es zu früh in das Berufsleben eintreten muß. Lazarsfeld zeigt, daß dem jugendlichen Arbeiter dadurch viele Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden. Vom jugendpsychologischen Standpunkt aus wäre es wünschenswert, daß die Berufswahl erst mit 16 Jahren erfolgt und daß bis dahin der Unterricht in umfangreicher und sprachlicher Weise der Berufsvorbereitung diene. Diese Forderung wird unterstützt durch statistische Untersuchungen an Lehrlingen. Es zeigt sich, daß die Lehrlinge über mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten klagen und daß der verfrühte Eintritt in das Berufsleben ein Sinken der Arbeitsfreude zur Folge hat. Die Zahlen, die Lazarsfeld anführt, sprechen eine deutliche Sprache. Hoffentlich geben diese Feststellungen Anlaß, daß auf eine Änderung der Verhältnisse hingearbeitet wird; denn es ist die Aufgabe der Statistik, die Zahlen reden und die Menschen handeln zu machen.

Ausführlich sind die Untersuchungen über die Beziehungen zwischen dem Beruf des Vaters und den Berufswünschen der Kinder. Es gibt Berufe, in denen die Lehrlinge zu einem wesentlichen Teil von Vätern gleichen Berufs abstammen, die also stark durch die Tradition gebunden sind. Hierzu gehören naturgemäß die historischen Hausgewerbe (Bäcker, Fleischer). Hier spielt der eigene Besitz von Produktionsmitteln eine Rolle, das Kind lernt durch den väterlichen Betrieb die Berufswirklichkeit kennen, was seine Berufswünsche stark beeinflusst. Die wissenschaftliche Untersuchung zeigt ferner, daß auch heute noch das Arbeiterkind wenig Gelegenheit hat in die höheren Berufsschichten aufzusteigen. Der Anteil des Arbeiternachwuchses an den Studenten aller deutschen Hochschulen machte im Sommersemester 1927 nur 2,7 Proz. aus. An allen preussischen höheren Schulen waren nach einer Statistik von 1927 nur 5,4 Proz. der Schüler proletarischer Abstammung. Der wirtschaftlich Benachteiligte ist also in seiner Entwicklung und seinen Aufstiegsmöglichkeiten noch immer sehr stark gehemmt. Die soziale Gerechtigkeit verlangt hier irgendeine Abhilfe.

Das Buch von Lazarsfeld enthält eine reiche Fülle wertvoller Feststellungen. Wir erwähnen die Untersuchungen über „Die Berufswünsche 13-14jähriger Kinder“ von M. Frank und H. Heger, in denen gezeigt wird, daß die Erforschung solcher Kinderwünsche zu wertvollen Resultaten führt. Die Untersuchung „Zur Berufseinstellung des jugendlichen Arbeiters“ vermerkt die Ergebnisse einer Umfrage in der sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs. Die Verbesserung der sozialen und beruflichen Lage der jungen Arbeitergeneration ist ein so wichtiges Problem, daß die Fortsetzung der Wiener Untersuchungen dringend erwünscht ist. Lazarsfeld stellt einen zweiten Band in Aussicht, der weitere Beiträge über das Problem Jugend und Beruf bringen wird.

Jugend und Ehe

Ein Aussprachenabend / Mitgeteilt von Trude E. Schulz

Die Notwendigkeit, sich mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen auseinanderzusetzen, tritt in einer Krisenzeit wie der gegenwärtigen besonders zwingend an den jungen Menschen heran. Die Aufgabe ist nicht leicht zu bewältigen, denn es gehört dazu ein klarer Ueberblick über die maßgebenden Tagesvorgänge und Verständnis für ihre innere Struktur. Mit reich ausgelesenen Phrasen kommt man dabei ebensowenig weiter wie mit einer kritischen Anlehnung an fremde Meinungen. Es gilt für den Jugendlichen, sich wirklich eigenes Verständnis zu erarbeiten, wenn er sich seinen geistigen und materiellen Lebensraum erobern will.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich in den Berliner Abteilungen der Partei Gruppen junger Sozialisten gebildet, die sich in regelmäßigen Abständen abends zusammensind, um aktuelle Fragen zu diskutieren. Die Grenzen sind hier sehr weit gespannt; bisweilen dienen die Aussprachen der Klärung sozialer Begriffe, bisweilen sind sie Meinungsaustausch über grundlegende Fragen der Lebensgestaltung. In den vergangenen Monaten beschäftigte man sich naturgemäß hauptsächlich mit wirtschaftspolitischen Problemen, die die Zeitungen täglich füllten und die für viele Leser darum doppelt beunruhigend wurden, weil ihnen das volle Verständnis für die technischen Vokabeln und Begriffe fehlte, die bei der Darstellung komplizierter wirtschaftlicher Zusammenhänge meistens unvermeidlich sind. Wieviel notwendiges Wissen die jungen Parteimitglieder sich an diesen Abenden erarbeiten konnten, bewies eine kurze rückschauende Aussprache, die in einer Jugendgruppe einer Abteilung vom Beding diese Diskussionsreihe vorläufig abschloß.

Anschließend bemühte man sich, in ausführlichen Erörterungen einen Ueberblick über die Einstellung der Jugend zur Ehe zu gewinnen. Auch hierbei trat erfreulich klar zutage, daß diese Zusammenkünfte den Charakter wirklicher Arbeitssitzungen angenommen haben. Aus einer Fülle von Meinungen formten sich die Grundzüge des Eheproblems, dem die heutige Jugend gegenübersteht und mit dem sich gerade der junge sozialistische Mensch sehr verantwortungsbewußt auseinandersetzt.

Schon die überraschend zahlreiche Beteiligung an diesem Abend bewies, welches Interesse man dem Thema entgegenbrachte. Der Versammlungsraum war überfüllt. Alle diese jungen Menschen, von denen sicher die meisten sich in keiner wirtschaftlich besonders gesicherten Lage befinden, stehen ja heute oder morgen unmittelbar vor der Frage, wie sie persönlich sich zu der Ehe stellen wollen. Und diese Frage ist für die Praxis heute sehr schwer zu beantworten; denn nicht das eigene Wünschen und Wollen sind dafür ausschlaggebend, sondern die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Mann und Frau, die als Unverheiratete vielleicht noch beide Beschäftigung haben, laufen Gefahr, als Ehepaar den Arbeitsmarkt zu verlassen, den Einkommensteil der Frau zu verlieren, was vielfach gleichbedeutend ist mit einer unheilbaren wirtschaftlichen Erschütterung ihrer Gemeinschaft. Es war eigentlich erstaunlich, daß auf die Herausarbeitung dieses Gedankens von den Jugendlichen nicht die Hauptbetonung gelegt wurde, aber es war ein drastischer Gegenbeweis gegen alle Behauptungen gewisser Kreise, die der sozia-

listischen Jugend in ihrer Einstellung zur Ehe einseitigen Materialismus vorwerfen.

Es zeigte sich vielmehr genau das Gegenteil dieser Auffassung, und wenn man dem Ausspracheergebnis dieses Abends einen kritischen Vorwurf machen will, so kann er höchstens ein Zitiert an Idealismus tadeln. Allen diesen jungen Menschen waren die geistigen Probleme der Ehe viel wichtiger als die wirtschaftlichen, deren Ueberwindung ihrem gesunden jugendlichen Optimismus weniger schwierig erschien, als sie häufig in Wirklichkeit ist. Aus welcher verschiedenen Perspektive die einzelnen Sprecher die Ehe auch betrachteten, diese Grundeinstellung blieb immer deutlich, und die Kritik, die an den heute in Deutschland bestehenden Ehegesetzen geübt wurde, richtete sich im wesentlichen nur gegen die Scheidungsbedingungen. Auch dabei trat klar zutage, welche ideale Auffassung die jungen Menschen vom ehelichen Gemeinschaftsleben haben. Die erlogene Konstruktion eines Scheidungsgrundes, die heute vielfach bei dem Willen beider Ehepartner zur Trennung voneinander diese ermöglichen muß, wiesen sie als unwürdig ab. Die Ehefeindlichkeit, das heißt die Ablehnung der noch den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen geschlossenen Ehe, die in einer ganzen Reihe von Aeußerungen deutlich wurde, wurzelte in dieser Anschauung. Gerade weil der junge werktätige Mensch von heute in der Ehe etwas viel höheres sieht als bloße wirtschaftliche und sexuelle Gemeinschaft, strebt er nach neuen, würdigeren Eheformen. Daß Lindsay's Vorstoß einer Kameradschaftsehe viel Anklang findet, ist natürlich. Denn der junge Mensch, der sich selber kritisch gegenübersteht, weiß um die Begrenztheit seiner Menschenkenntnis und sieht darum auch, welche Gefahr darin liegt, sich in sehr jungen Jahren „für das Leben“ zu binden. Ein Zusammenleben aber, dessen Dauer — ob im zeitlichen oder auch nur im geistigen Sinn — noch nicht einigermassen übersehbar ist, kann auch keine Verantwortung für Nachwuchs übernehmen.

Daß die Jugend diesen Standpunkt vertrat, beweist ihr Pflichtgefühl, aus dem heraus sie es ablehnt, Kinder in die Welt zu setzen, wenn sie ihnen kein Heim bieten kann. Wie lächerlich es aber ist, wenn man der arbeitenden Jugend vorwirft, sie wolle die Möglichkeit zur Geburtenverhinderung aus Bequemlichkeit oder Genüßsucht, ließ sich in dieser Diskussion erkennen, in der immer wieder der Wunsch nach Kindern deutlich wurde, und zwar besonders von Seiten der weiblichen Jugend. Die russischen Versuche einer von der Familie völlig losgelösten Kindererziehung fanden entristeten Widerspruch: „Dann nimmt man ja dem Arbeiter seine einzige Freude!“

Die Diskussion, die außerordentlich lebhaft geführt wurde, brachte wahrscheinlich jedem einzelnen der jugendlichen Teilnehmer eine Erweiterung der eigenen Erkenntnisse und Meinungen über das Eheproblem. Für den, der nur als zuhörender Gast ihr beiwohnte, wurde sie ein tiefes Erlebnis; sie bewies, daß bei der proletarischen Jugend Gemeinschaftsgeist das Fundament ihrer Weltanschauung ist, nur aus dem unerschütterlichen Glauben an die Bedeutung und die Notwendigkeit geistiger Gemeinschaft konnte diese Aussprache hervorgehen.

